Stadt will wegen Fluglärm mehr Druck machen

Ziel sind "verbindliche Bestimmungen" - CSU: Kommunale Spitzenverbände einbeziehen - Großteil der Hubschrauber wird verlegt

ANSBACH (mik) – Die Stadt will verbindliche Bestimmungen zum Schutz ihrer Bevölkerung vor dem Fluglärm und den Abgasen der US-Militärhubschrauber erreichen. Dafür soll "auf allen politischen und rechtlichen Ebenen" verstärkt Druck gemacht werden, heißt es in einem einstimmigen Beschluss des Stadtrats. Im Verlauf der Beratungen wurde bekannt, dass ein Großteil der Hubschrauber in den nächsten Monaten zu Übungszwecken nach Hohenfels und dann im Herbst wieder "in Krisengebiete" verlegt werden soll.

Ziel des gemeinsamen Antrags von Stadträten der Grünen, der Offenen Linken, der SPD, ÖDP und BAP ist es, das so genannte "Gentlemen Agreement" eines früheren US-Standortkommandanten mit der Stadt Ansbach "in rechtlich verbindliche Bestimmungen" zu überführen, ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr für den militärischen Hubschrauberflugplatz Katerbach sowie ein kategorisches Überflugsverbot für alle Wohn- und Misch-

gebiete im Stadtkreis zu erreichen.

Bislang gelten auch für die US-Streitkräfte die Allgemeinen Bestimmungen aus der Luftverkehrsvorschrift, die vom Bundesverteidigungsministerium erlassen wurden, führte dazu der Leiter des Rechtsreferats, Rainer Stache, aus. Darin sei festgelegt. dass in den Monaten Mai und August bis 1.30 Uhr. in den Monaten Juni und Juli sogar bis 2 Uhr geflogen werden kann. "Und zwar an zwei Tagen in der Woche", so Stache weiter. Für jeden Tag mit so einer langen Nachtflugzeit müsse anschließend aber ein "Kompensationstag" eingelegt werden, an dem nur bis 19 Uhr geflogen werden darf. An Samstagen und Sonntagen dürfe schon bisher in der Nacht für "Übungszwecke" nicht geflogen werden. Hintergrund der späten Sommernachtszeiten seien die Nachtflugsichtgeräte, die nur "bei absoluter Dunkelheit" getestet werden könnten.

Dass diese Bestimmungen kaum dazu angetan seien, die Nachtruhe der Bevölkerung zu wahren, war schließlich allen Anwesenden der jüngsten Stadtratssitzung klar. Wie sehr der Leidensdruck der betroffenen Bürger sei, schilderte Stadtrat Boris André Meyer am Beispiel der Klagen einer jungen Mutter aus Pfaffengreuth, deren zehnmonatiger Sohn derzeit bei jeden Hubschrauberflug über dem Viertel aufwache und zu weinen beginne.

Dennoch war die Überraschung groß, als auch Stadtrat Otto Schaudig für die CSU-Fraktion Unterstützung für den Beschluss signalisierte, den er noch im Vorfeld als "Schaufensterantrag" bezeichnet hatte. Dazu stand Schaudig auch in der Stadtratssitzung, wollte das aber positiv gewertet sehen: "Es geht Ihnen darum, Recht auf Bundesebene zu ändern", stellte er klar. Doch die Stadt habe "keinerlei Gesetzgebungskompetenz". Deshalb schlug Schaudig vor, den Antrag durch einen Einschub zu ergänzen: Dass nämlich der Einsatz für verbindliche Bestimmungen "insbesondere durch Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände" stande kommen solle. Diese Ergänzung wurde von Oberbürgermeisterin Carda Seidel als "sehr sinnvoll" begrüßt. Damit war der Weg frei für den einstimmigen Beschluss. "Gut, wenn wir hier geschlossen auftreten können", meinte Seidel.

Großteil der Flüge bald in Hohenfels und Grafenwöhr?

Ein Großteil der Hubschrauber soll in den nächsten Monaten sowieso verlegt werden, erklärte Rainer Stache auf eine entsprechende Frage aus dem Gremium. Dies wurde auch von der Sprecherin der US-Streitkräfte in Ansbach, Cornelia Summers, auf FLZ-Nachfrage bestätigt. Es sollen vor allem im Juli, August und September verstärkt Übungsflüge in Hohenfels und Grafenwöhr absolviert werden. Dafür habe sich der neue Kommandeur der 12. Kampffliegerbrigade, Oberst Robert C. Doerer, persönlich eingesetzt, um die Lärmbelästigung für die Ansbacher Bevölkerung gering zu halten. Ob ein Einsatz in Krisengebieten nun in diesem Herbst "oder früher oder später" erfolge, sei zweitrangig. Die Streitkräfte müssten "immer einsatzbereit" sein.

Fränkische Landeszeitung, 28. Mai 2009